

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend.

Wichtiges
 wöchentlich einmal Sonnabend.
 Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und
 bei allen Postämtern 0,75 Hloty.

Eigentümer, Bezoger, Herausgeber u. Drucker:
 P. Sunold, Stadtbuchdrucker, Zory.
 Verantwortlicher Redakteur: Paul Sunold.

Anzeigen-Preis
 Die einseitige Zeilenbreite 10 Gr.
 Inseraten-Aannahme bis spätestens Freitag
 10 Uhr vormittags.

Mr. 46 | Periode. Nr. 49 | Sonnabend, den 17. November 1934. | gegründet 1879 | 56. Jahrgang.

Polen und Deutschland.

Warschau, 14. November. Der deutsche Botschafter von Rolite überreichte am Mittwoch mittig dem polnischen Staatspräsidenten im Warschauer königlichen Schloß sein Beglaubigungsschreiben. Der deutsche Botschafter hielt eine Ansprache, auf die der polnische Staatspräsident folgendes antwortete: „Mit Recht unterstreichen Ihre Ausführungen, daß die gleichzeitige Erhebung unserer Vertretungen in Berlin und Warschau in den Rang von Botschaften der Ausdruck einer glücklichen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern ist, die mit der Erklärung vom 26. Januar d. J. eingeleitet wurde, einer Entwicklung, die bereits positive Ergebnisse in der Wahrung des freundschaftlichen zwischenstaatlichen Zusammenlebens Polens und Deutschlands gibt. Das Zusammenleben, gestützt auf das Verständnis der gegenseitigen Interessen und auf beiderseitige Schätzung, dient gleichmäßig der Frage des allgemeinen Friedens. In Anerkennung der ganzen Bedeutung weiterer nachbarschaftlicher Zusammenarbeit unserer beiden Länder und einer glücklichen Gestaltung der Beziehungen zwischen ihnen, stellen sowohl Sie wie die polnische Regierung sich als Ziel, aber eine solche Gestaltung der Beziehungen zu wachen, die unseren beiderseitigen Interessen entsprechen und auch dem allgemeinen Wohl Vorteils entgegenbringen.“

Berlin, 15. November. Der Führer und Reichskanzler empfing heute den zum Botschafter ernannten bisherigen polnischen Gesandten Herrn Josef Wippl zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens als Botschafter. Der Empfang fand im „Haus des Reichspräsidenten“ statt. Der Botschafter hielt bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens in polnischer Sprache eine Rede, in der er zum Ausdruck brachte, daß es für ihn eine hohe Ehre sei, in seiner neuen Eigenschaft an der Annäherung der beiden Völker weiterarbeiten zu können. In seiner Antwort nahm der Führer zum deutsch-polnischen Verhältnis Stellung, wobei er die gutnachbarschaftlichen Beziehungen unterstrich. Er sagte: „Die bisher schon erzielten Ergebnisse können uns nur befeuern in dem Willen, auf dem stetigstehenden Wege weiter fortzuschreiten, die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten immer mehr zu vertiefen und so in gegenseitiger Achtung und in gegenseitigem Vertrauen ein festes und dauerhaftes freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu begründen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist Deutschland gern bereit, zur Überwindung der durch die gegenwärtige Krise verursachten Schwierigkeiten das Seine beizutragen und den beiderseitigen Wortaustausch noch Möglichkeit zu fördern.“

Hundschan.

Der 11. November in Polen.

Warschau, 12. November. Der gestrige Unabhängigkeitstag wurde im ganzen Land und in den polnischen Kolonien jenseits der Grenze in der üblichen Weise auf das feierlichste begangen. In den größeren Städten gab es Festgottesdienste, Paraden, Festvorträge, überall Schaulustern usw.

In Warschau wurde eine große Parade auf dem Feld von Mokotow vor der Stadt von Marschall Pilsudski persönlich abgenommen, der in Begleitung seines ersten Adjutanten, Oberstleutnant Sotkowski, erschien und jubelnd begrüßt wurde. Auch der Staatspräsident, der in Begleitung seiner Gattin kam, wohnte dem militärischen Aufmarsch in einer besonders für ihn ertöteten Repräsentationsloge bei. Viele Tausende von Zuschauern waren

dazu zusammengekömmt. Vollständig waren die Militärtruppen der anwesenden Mächte anwesend. Aus dem ganzen Lande waren größere Delegationen in die Hauptstadt gekommen, darunter eine Abordnung von zweihundertzwanzig Bergleuten aus Oberschlesien und den beiden anderen Kohlenrevieren, die in besonderer Ablegung vom Staatspräsidenten und vom Handelsminister empfangen wurde.

Sehr feierlich fand auch die übliche Ordensverleihung statt. Dem Polonica-Reservaten-Orden in seiner höchsten Form als Großorden erhielten diesmal der Außenminister Oberst Beck, dem der Staatspräsident die Auszeichnung mit Worten besonderer Anerkennung für seine Arbeit abtrug, und der 81jährige Senator der polnischen bildenden Kunst, Professor Wojcikowski.

Dem Marschall Pilsudski hat zum Unabhängigkeitstage, der auch sein persönlicher Geburtstag ist, da er an die Übernahme der Macht in Warschau aus den Händen der deutschen Besatzungstruppen erinnern soll, der polnische Reservatenverband eine besondere Ehrung bereitet. Er teilte dem Marschall durch seinen Vorsitzenden, dem jetzigen Innenminister Koscielski mit, daß er das Gut Zulow, auf dem Pilsudski geboren wurde und seine ersten Jugendjahre verbrachte, kaufte und nunmehr zur Erinnerung an die historische Leistung des Marschalls würdig ausbauen wolle.

Eine Erklärung des Regierungslagers.

Warschau, 13. November. Im Laufe der Budgetdebatte im Sejm erklärte Abgeordneter Wladyslaw im Namen des Regierungsblocks, das Bündnis mit Frankreich habe seine Tragweite und Popularität. In allen von der polnischen Politik eingegangenen Verträgen, sagte der Redner, wird ausdrücklich erklärt, daß sie an unsere Bündnisse und Verpflichtungen nichts ändern. Was unser Übereinkommen mit Deutschland anbelangt, so bleiben, wie es darin heißt, dadurch unsere Bündnisse ebenfalls unberührt. Die polnische Politik werde fortfahren, ihren Verbindungen und Freundschaften zu bleiben, doch werde sie keine Außenpolitik sein. Es handle sich keineswegs um sogenannte Prestigefragen, sondern um Lebensnotwendigkeiten.

„Rat der Deutschen in Polen“.

Der „Centralausschuß der Deutschen in Polen“ beschloß auf seiner Sitzung am 16. Oktober, anstelle des bisherigen „Centralausschusses der Deutschen in Polen“ den „Rat der Deutschen in Polen“ als Spitzenorganisation für das Deutschstum im Gesamtpolen ins Leben zu rufen. Zweck und Ziel des „Rates der Deutschen in Polen“ sowie seine Zusammensetzung gehen aus dem Statut des „Rates der Deutschen in Polen“ hervor. Die Anmeldung des „Rates der Deutschen in Polen“ erfolgte beim Komisarjat Agida M. St. Warschau. Nach Benennung der III. des Statuts vorgezeichneten Delegierten, aus dem einzelnen Gebietsstellen, teilt der „Rat“ zu seiner ersten Sitzung zusammen, um den Vorstand sowie den Vorsitzenden zu wählen.

Die einzelnen Gebietsstellen Polens entsenden 12 Delegierte in den „Rat der Deutschen in Polen“ und zwar: Schlesien 4 (Ober- und Niederschlesien je 2), Polen 2, Pommerellen 2, Kongreßpolen 2, Kiewpolen 1, Wolhynien 1.

Es bleibt bei den alten Postgebühren!

Warschau, 13. November. Der Innenminister hatte bekanntlich einen Gesetzentwurf über eine außerordentliche Verbilligung der Postgebühren ausgearbeitet. Der Finanzminister hat diesen Plan nunmehr abgelehnt, da die

Einnahmen aus den Postgebühren nicht zu emblehren seien.

Deutschland und der Vatikan.

Budapest, 12. November. Der Berichterstatter großer katholischer Blätter, Monsignore Enrico Ricci, der gute Beziehungen zum Vatikan unterhält, äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter des nationalen „Uj Magyarok“ eingehend über die gegenwärtige Stellung des Vatikans zum nationalsozialistischen Deutschland. Er erklärte u. a.:

Der Vatikan macht niemals Politik im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Seine Aufgabe ist nicht die Politik, sondern die Religion. Der Vatikan befaßt sich mit religiösen Fragen nur, wenn diese die religiöse Berufung des Vatikans betreffen. Der Vatikan ist weder für noch gegen den Nationalsozialismus in gleicher Weise, wie er niemals zu den politischen Bewegungen anderer Länder Stellung nimmt.

Der Vatikan billigt den ausgetragenen Kampf des Nationalsozialismus gegen den Ateismus und die Unmoral, während andere Punkte des nationalsozialistischen Programms, wie die Stellung zur Rassenfrage und zur Sterilisation, nach der Erklärung des Papstes nicht gebilligt werden können. Jedoch hat diese Stellungnahme des Vatikans keineswegs den Abschluß eines Konkordates mit dem heutigen Deutschland verhindert.

In dem Konkordat sind in gleicher Weise der Standpunkt des Vatikans wie auch die berechtigten Belange des Deutschen Staates berücksichtigt worden. Es besteht die Aussicht auf eine Einigung in vielen Fragen, in denen noch vor wenigen Monaten eine Einigung unmöglich erschien. Zwischen dem Nationalsozialismus und dem Vatikan bestehen weitgehende Übereinstimmungen. Sowohl in Deutschland als auch in Italien müssen die früheren katholischen politischen Parteien verschwinden. Man kann sich überdies nicht von Deutschland, in dem nur ein Viertel der Bevölkerung katholisch ist, eine katholisch orientierte Politik erwarten.

Die Lage hat sich in der letzten Zeit wesentlich gebessert und besteht jetzt durchaus die Aussicht auf eine Einigung zwischen dem Vatikan und der nationalsozialistischen deutschen Regierung. Wenn die Rechte der Katholiken von den Regierungen anerkannt werden, so werden die Katholiken sich immer als treue Bürger des Staates erweisen und gewissenhaft aus ihrer christlichen Bestimmung heraus die Gesetze des Staates einhalten.

Das deutsche Panzerschiff „Admiral Scheer“.

Wilhelmshaven, 13. November. Auf der Marinewerft wurde am Montag mittig das zweite neue deutsche Panzerschiff „Admiral Scheer“ in Dienst gestellt. Gleichzeitig nahm die Besatzung, die dieses Schiff übernimmt, Abschied von dem alten Kreuzer „Ostern“, das nun außer Dienst gestellt wird.

Ein deutscher Schritt in der Saarfrage

Es ist in Paris, London, Rom und Brüssel unterkommen worden. Der deutsche Botschafter Röber hat dem französischen Außenminister Caval einen Besuch abgestattet, um ihm, wie dies gleichgültig von dem deutschen Vertreter in London, Rom und Brüssel geschehen ist, von der Stellungnahme der deutschen Regierung zur Frage der Entsendung französischer Truppen ins Saargebiet in Kenntnis zu setzen. Es wird gemeldet, daß sowohl der deutsche Botschafter in Paris als auch der französische Außenminister ihrer Hoffnung Ausdruck gaben, daß die Frage einer Verbilligung des Postzuschuges im Saargebiet praktisch überhaupt nicht akut wird. In Rom ist zur gleichen Zeit die

